

Es gibt nichts zu verhandeln!

Von Thomas Straubhaar,
erschienen in „Die Welt“ am 03.02.2015

Neidlos muss man Alexis Tsipras und seiner Regierung zugestehen, dass sie einen äußerst erfolgreichen Start hingelegt haben. Die Strategie der Konfrontation mit der Troika der Geldgeber von Europäischer Union (EU), Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) - war klug gewählt. Aufgeschreckt wie Hühner beim Anblick des Fuchses, suchen die europäischen Gläubiger nun hastig nach Wegen, alte Vereinbarungen neu zu verhandeln und weitreichende Zugeständnisse an Griechenland zu machen. Was hätten Tsipras und Syriza in so kurzer Zeit mehr erreichen können?

Anders als viele glauben, sind in Athen nicht tumbe Geisterfahrer oder arrogante Provokateure an der Macht, sondern überaus kluge Strategen, die haargenau wissen, was sie tun. Vor allem Finanzminister Yanis Varoufakis zeigt, dass er strategische Spiele nicht nur als Professor in der Theorie, sondern nun als Politiker auch in der Praxis beherrscht - und zwar perfekt.

Was sein Denken prägt und sein Handeln lenkt, hat Yanis Varoufakis im Vorwort zu seinem Lehrbuch „Game Theory“ deutlich gemacht. So ist es für den neuen griechischen Finanzminister schwer vorstellbar, dass es soziale Phänomene gäbe, die nicht mit Hilfe der Spieltheorie untersucht werden könnten. „Vom Überqueren der Straße, zu Entscheidungen abzurüsten, Preiserhöhungen, Wohltätigkeit, dem Beitritt zu Gewerkschaften, zur Produktion von Gütern bis zur Entscheidung, Kinder zu haben“ lässt sich seiner Meinung nach nahezu alles im täglichen Leben durch spieltheoretische Konzepte analysieren.

Besonders angetan war Professor Varoufakis von Nobelpreisträger Thomas Schelling und dessen Werk „die Strategie des Konflikts“, das er für „im hohen Maße lesenswert und gepackt mit Einsichten wie wenige andere Bücher“ hält. Europäische Politiker(innen) in Brüssel und Berlin wären mehr als gut beraten, sich vor den anstehenden Gesprächen mit dem Politiker Varoufakis mit strategischen Konzepten vertraut zu

machen. Nur so werden sie ihrem Gegenspieler nicht hoffnungslos unterlegen sein.

Besonders wichtig für das Verständnis der Verhaltensweise der Syriza Regierung ist der von Thomas Schelling eingeführte Begriff des „Brinkmanship“, des „Spiels mit dem Feuer“, also einer Politik, die bereit ist, bis zum „Rande des Abgrunds“ zu gehen, so wie sie im Oktober 1962 während der Kuba-Krise von den USA praktiziert wurde, als der Welt ein verheerender Atomwaffenkonflikt drohte. Der Gegenpartei soll so viel Angst vor einem Streik, einer Scheidung, einem Konkurs oder einem Krieg eingejagt werden, dass sie nachgibt und gegen ihre eigenen Interessen einem Kompromiss zustimmt.

Dem Konzept des „Spiels mit dem Feuer“ treu folgend, haben die Griechen in einem ersten, schnellen Schritt absichtlich das Risiko herbeigeführt, dass durch ihre Verweigerung, die vereinbarten Auflagen der Troika zu erfüllen, die Stabilität des Euro gefährdet wird. Und konsequenterweise haben sie sich nicht mit halben Sachen zufrieden gegeben. Wenn schon der Konflikt gesucht wird, wurde bei den Provokationen und Forderungen geklotzt, nicht gekleckert. Sollten sie nicht erfüllt werden, erhöhen sich so die Kosten einer Eskalation und entsprechend steht für alle – zumindest scheinbar – mehr auf dem Spiel.

Niemand kann so richtig die Folgen der angekündigten Kontroversen oder gar eines drohenden „Grexit“ abschätzen. Würde das griechische Feuer auf andere Euro-Länder überspringen und Portugal oder gar Spanien und Italien erfassen und damit den Euro zerstören? Genau von diesem Unsicherheitseffekt leben die griechischen Drohungen, keine Vereinbarung einhalten zu wollen und auch einen Austritts Griechenlands aus dem Euro-Verbund zu provozieren.

Für eine „Politik am Rande des Abgrunds“ ist entscheidend, dass die Geschehnisse unkontrollierbar werden können. Eine Eigendynamik von Aktion und Gegenreaktion kann dazu führen, dass es zu einer Eskalation kommt, die niemand wollte und alle bedauern. Genau diese Signale senden die Griechen an die Troika. Man droht mit einer Verweigerungspolitik, die Europa auf eine steil nach unten abfallenden Bahn bringen würde, mit einem für beide Seiten unberechenbaren, hoch kostspieligen Risiken. Deshalb – so das Athener Kalkül – müssten die Geldgeber im

Sinne einer Schadensminimierung bereit sein, Griechenlands Forderungen zu erfüllen, um so das Schlimmste abwenden zu können.

Das Konzept der „Politik am Rande des Abgrunds“ lehrt allerdings auch, dass ein Nachgeben geradezu zu einer Salami-Taktik einlädt. Knickt man aus Angst vor der Eskalation ein, wird der Anreiz zu weiteren Drohungen stärker und die Glaubwürdigkeit von Gegendrohungen schwächer. Scheibchenweise verlagern sich dann die Handlungsfreiheiten in die Hände der Konfliktauslöser. Und eine Umkehr auf der abschüssigen Bahn oder gar eine Rückkehr auf sicheren Boden wird dann immer unwahrscheinlicher. Zu jedem späteren Zeitpunkt wird – mit Blick auf die bereits erfüllten Vorleistungen – eine zusätzliche Drohung erst recht kein Grund mehr sein, eine Eskalation zu wagen. Es bleibt dann nur, weiter nachzugeben. Genau diese Erfahrung musste Deutschland bereits in den letzten Jahren mit der Euro-Rettungspolitik machen.

Wer aus Angst vor der Eskalation dem Gegenspieler das Diktat der Forderungen überlässt, wird nicht Sicherheit gewinnen, sondern stets von Neuem weitere Unsicherheit provozieren. Vor allem auch weil man sich in Madrid, Lissabon und Rom haargenau ansehen wird, wieweit sich Brüssel und Berlin erpressen lassen. Sollte in anderen überschuldeten Euro-Ländern der Eindruck entstehen, dass man nur frech genug mit dem Feuer spielen sollte, um eigene Forderungen durchzusetzen, wäre das eine Ohrfeige für alle, die sich Mühe geben, Vereinbarungen und Verträge einzuhalten. Es würde die Kooperationswilligen demoralisieren und die konfliktsuchenden Scharfmacher stärken. Es wäre das Ende einer Stabilitätspolitik und der Anfang einer Politik der Rechtsunsicherheit.

Brüssel und Berlin haben nur eine Chance den Absturz zu verhindern: sie dürfen sich gar nicht erst auf eine abschüssige Bahn begeben. Wer einmal nachgibt, wird niemals mehr glaubwürdig eine Politik von Treu und Glauben einfordern können. Selbstverständlich kann und soll man mit der neuen griechischen Regierung reden, aber es gibt nichts Neues zu verhandeln! Man muss Professor Varoufakis die Grenzen seiner Strategie der Konfrontation aufzeigen. Wenn er als Finanzminister bis zum äußersten gehen will, soll man ihm klar

machen, dass er damit Griechenland in den Abgrund reißt, nicht aber Europa.